

Bezugspreis: Vierteljährlich 4.- M., monatlich 1.- M. ...

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Komposition ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Sonnabend, den 4. Oktober 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Alldeutsches Bangen.

Jetzt, wo der Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung seine Tätigkeit begonnen hat und zugleich mit der bevorstehenden Veröffentlichung der deutschen Archive die Klärung der verschiedenen Schuldfragen wenn nicht restlos herbeiführen, so doch wenigstens gewaltig fördern dürfte, wird den Alldeutschen sehr unbefähigt zumute.

Bisher keine offizielle Einladung nach Washington.

Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt: Der „Vorwärts“ bringt heute morgen aus Amsterdam die Nachricht, daß laut einer Information, die dem Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam gegeben worden sei, Deutschland und Oesterreich eine offizielle Erklärung übermittelt worden sei, nach der die Delegierten Deutschlands und Oesterreichs an der Internationalen Arbeiterkonferenz in Washington würden teilnehmen können.

In dem Schreiben, das dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Versailles übermittelt wurde, heißt es aber, daß die Zulassung deutscher oder österreichischer Delegierter zur Konferenz der Entscheidung der Arbeitskonferenz selbst unterliegen würde.

Ein Friedensbund der Kriegsteilnehmer.

Im Anschluß an die kürzlich in Genf ins Leben gerufene pazifistische Internationale Vereinigung der Weltkriegsteilnehmer wurde am 2. Oktober in Berlin der „Friedensbund der Kriegsteilnehmer“ begründet.

Die Randstaaten verhandeln mit Sowjetrußland.

(Drahtbericht unseres Kopenhagener Korrespondenten.) Aus Warschau wird über Ostingfors gemeldet: Auf der Delegiertenkonferenz beschlossen Estland, Lettland und Litauens Vertreter die Einleitung von Friedensverhandlungen mit den Bolschewiken.

Keine Munition gegen die Bolschewiki.

Aus Boulogne-sur-Mer wird berichtet, daß die dortigen Hafenarbeiter dem Beispiel ihrer Kameraden in West folgend und gemäß der bei dem allgemeinen Gewerkschaftskongress in Lyon getroffenen Entscheidung sich geweigert haben, die zur Niederwerfung der russischen Revolution bestimmten Munitionsendungen zu verladen.

Natürlich haben die Alldeutschen diese Gefahr längst erkannt. Jetzt, wo sie in ein akutes Stadium tritt, versuchen sie den Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung von vornherein zu diskreditieren. Schon sprechen die „Deutsche Zeitung“ und die „Deutsche Tageszeitung“ nur noch vom „Untersuchungsausschuss“ (zwischen Gänsefüßchen), und in letzterem Blatte läuft bereits Herr Reventlow gegen führende Mitglieder dieses Ausschusses Sturm, die er als „bekannte Fanatiker einer deutschen Schuld am Kriege“ bezeichnet, deren Forschungsarbeit nicht anders als tendenziös sein könne.

Wir kennen diese Methoden der „präventiven Diskreditierung“: sie sind das Kennzeichen des schlechten Gewissens. Wir haben vor einiger Zeit ein ähnliches Bemühen erlebt, als die Unabhängigen von der Preussischen Landesversammlung eingesetzten Ausschuss zur Untersuchung der Januar- und Märzputz in Berlin für parteiisch und des Vertrauens der Arbeiterschaft unwürdig erklärte.

Reventlow knüpft an die Bemerkung unseres Ministers des Inneren, des Genossen Hermann Müller, daß die heutige Regierung kein Interesse daran habe, die Maßnahmen der alten irgendwie zu decken, die Behauptung, daß sie tatsächlich sogar alles Interesse daran habe, die Maßnahmen zu diskreditieren. Das ist vollkommen richtig, und wenn man sich die bisherige Haltung der Regierung seit der Revolution vergegenwärtigt, so wird man nur in der Reventlowschen Erklärung die denbar schmeichelhafteste, wenn auch unfreiwillige Anerkennung der Uneigennützigkeit der Sozialdemokratie erblicken können.

Freunde sehr wohl. Auch die Unabhängigen wissen es. Aber beide Extreme, rechts und links, sind sich, wie in so vielen anderen Dingen, wenn es heißt, die Regierung und die Mehrheitsparteien wider besseren Glaubens anzugreifen, auch diesmal im Verschweigen unserer Beweggründe einig. Viel wichtiger und heiliger als die Parteipropaganda war uns das Wohl des deutschen Volkes. Wir nahmen an — und der Vertrag von Versailles, der moralisch auf dem Artikel 231, dem aufgezwungenen Schuldgeständnis, beruht, hat uns durchaus recht gegeben —, daß jede einseitige Belastung der kaiserlich-deutschen Regierung, die sich aus einer Archivveröffentlichung und aus einer parlamentarischen Untersuchung ergeben müßte, sich am deutschen Volks Schmerzen würde. Das Wilsonsche Programm, diese beiderseits feierlich vereinbarte Friedensbasis, erwähnte zwar in keinem seiner 14 Punkte die Schuldfrage als einen für die Friedensbedingungen maßgebenden Faktor, aber es war vorauszusetzen, daß ein Schuldgeständnis dennoch von den Entente-regierenden ausgenützt würde, um die ungeheuerlichsten finanziellen und wirtschaftlichen Bedingungen durchzudrücken und ihre eigenen gärenden und notleidenden Völker auf Kosten des deutschen Volkes zu beruhigen.

Das war es, was wir verhindern wollten. Es ist uns leider nicht gelungen und das deutsche Volk wird nun auf Jahrzehnte hinaus die erdrückenden Folgen der Verbrechen der alten Regierung tragen müssen. Jetzt aber ist der Friede unterzeichnet. Jetzt kann die restlose Aufdeckung der Wahrheit dem deutschen Volke nur noch nützen. In doppelter Hinsicht: einmal dem Auslande gegenüber, das diese unsere Zurückhaltung vielfach nicht verstand und als ein Zeichen unveränderter Geistesverfassung

interpretierte; ferner wird diese Aufklärung dem deutschen Volke selbst im höchsten Maße nützen, indem es auf ewig sich von dem verderblichen Regime der Hohenzollern, Falkenhayn, Tirpitz und Reventlow in Abscheu und Ekel abwenden wird.

Es gibt übrigens noch einen weiteren Grund, der gegen eine voreilige Veröffentlichung und Untersuchung spricht: es bestand die Gefahr, namentlich solange die geistige Blockade der Mittelmächte, verbunden mit dem Fortbestehen der Zensur in den siegreichen Ländern, aufrechterhalten wurde, daß die Ergebnisse der deutschen Klärungsaktion in einer Weise verwertet und gefälscht würden, welche die Menschheit dem Endziel, nämlich der Wahrheit als solcher, nicht nähergebracht hätte. Mit anderen Worten: wenn die Belastung der Hohenzollern und Hohenzollern und ihrer Staatsmänner zur Freisprechung der übrigen Regierungen Europas gedient hätte. Es ist gar nicht unwahrscheinlich, daß die bevorstehenden Veröffentlichungen und Untersuchungen eine ganz überwiegende unmittelbare Hauptschuld der Zentralmächte ergeben. Aber wir sind überzeugt, daß die wahre Schuld an der Entstehung des Krieges weniger bei einzelnen führenden Männern zu suchen ist, als in dem ganzen politischen System; daß also alle Regierungen kapitalistisch-imperialistische Politik getrieben und somit den Krieg mit verschuldet haben. Ein abschließendes Urteil, das nur einzelne Männer verdammen und andere freisprechen würde, obwohl alle, ob in Berlin oder in Paris und London, in Wien oder in Petersburg, in Belgrad oder in Sofia, die eine allgemeine Politik jahrzehntlang getrieben hatten, würde nur eine Verfälschung der historischen und sozialen Wahrheit ergeben und, anstatt der endgültigen Gesundung der Welt durch Sozialismus und Pazifismus, nur neue kriegerische Katastrophen — mit oder ohne Hinzuziehung Deutschlands — herbeiführen. Deshalb ist es sehr begrüßenswert, daß der Untersuchungsausschuss auch die Vorgeschichte des Krieges behandeln wird. Weil Sozialdemokraten befürchteten, daß eine am 28. Juni 1914 beginnende geschichtliche Forschung nur einzelne Personen belasten würde und das ganze System unbehelligt ließe, haben sie das Odium auf sich geladen, den Ansehens zu erwecken, als wollten sie das kaiserliche Deutschland decken, indem sie immer wieder auf die Vorgeschichte des Krieges hinwiesen, die für alle Regierungen Europas gleich schwer belastend ist — alles in allem vielleicht sogar etwas weniger für Deutschland. Auch Herr Reventlow trat jüngst anlässlich der Wiener Veröffentlichungen lebhaft dafür ein, daß man die Vorgeschichte des Krieges nicht etwa zugunsten der Juliereignisse vernachlässige. Nun, der Untersuchungsausschuss wird hoffentlich über das Maß von Schuld, das die Blätter vom Schläge der „Deutschen Tageszeitung“ auch an der Vorgeschichte des Krieges trifft, ein deutliches Wortchen reden.

Wenn bei den Deutschnationalen der Patriotismus etwas anderes wäre als mittelalterliches Schweiswedeln vor entthronten Fürsten und bankrotten Schlachtenlenkern, als schwarz-weiß-roter Fahnenrummel und nicht immer uneigennütziges Parteigeißel, so könnten sie sich gerade an der zurückhaltenden Behandlung der Schuldfrage durch die deutsche Regierung, die das innerpolitische Interesse hinter das Interesse des ganzen Volkes monatlang zurückstellte, ein Beispiel selbstloser Vaterlandsliebe nehmen. Unerhört aber ist es, wie Reventlow in seinem Veruche, den Untersuchungsausschuss im voraus zu diskreditieren, der Regierung unterstellt, sie wolle mit einer Belastung des alten Regimes parteipolitische Geschäfte treiben. Die ganze Haltung unserer Partei und ihrer Vertrauensmänner in der Regierung, speziell in dieser Frage der Öffnung der Archive, tragt Reventlow Lügen, und wenn er meint, daß wir jetzt aus „Furcht“ vor den Unabhängigen handelten, so ist dies geradezu lächerlich. Wir haben in viel gefährlicheren Fragen den Satz der Radikalen von links zugesogen und werden den Kampf ausfechten, ohne uns um den Beifall oder um die Kritik der Radikalen von rechts zu kümmern.

Aus den Auslassungen Reventlows gewinnt man den Eindruck, daß mit dem Herannahen der großen Abrechnungsstunde, die mit der Veröffentlichung der Archive und mit dem Beginn der Arbeiten des Untersuchungsausschusses schlägt, ihn ein Gefühl der Bedrückung übermannt, das immerhin in einem merklichen Gegensatz zu dem Gefühl der Erleichterung steht, mit dem er die Kriegserklärung Amerikas begrüßte, diesen nicht zuletzt durch ihn verschuldeten Todesstoß gegen das beklagenswerte deutsche Volk.

Viktor Schiff.

Deutsche Balkumnote an die Entente.

In der Frage der Räumung des Balkans ist General Rudant folgende Note für die Entente übergeben worden:

In Erwiderung der Note 17552 vom 28. 9. legt die deutsche Regierung den größten Wert auf die Feststellung, daß sie dauernd auf das energischste bemüht ist, die Truppen aus dem Balkan und aus Litauen herauszuziehen; sie hat zu diesem Zwecke unter anderem am 25. 9. ds. Jahres angeordnet, daß den Truppenteilen, die dem Abmarschbefehle keine Folge leisten, die Löhnung sowie alle künftigen Versorgungsansprüche gesperrt werden.

Um fernere jeglichen Zugang zu verhindern, wurde die deutsche Grenze gegen Murland geschlossen und Befehl gegeben, auf Truppen, die trotzdem diese Linie zu überschreiten versuchen, zuzuschießen, auch ist jeder Nachschub an Munition strengstens untersagt. General Graf v. d. Goltz ist von seinem Posten abberufen worden. An seiner Stelle übernimmt bis zur völligen Durchführung des Rücktransportes Generalleutnant v. Eberhardt den Oberbefehl über sämtliche noch östlich der Reichsgrenze befindlichen Truppen. Schließlich hat die deutsche Regierung an die Truppen einen Aufruf erlassen, der sie zur Pflicht zurückruft und ihnen eindringlich vorstellt, welche unabsehbaren Gefahren und Leiden sie auf ihre Volksgenossen heraufbeschwören, wenn sie in ihrem Ungehorsam beharren. Alle diese Maßnahmen sollten die deutsche Regierung auch in dem Urteil der alliierten und assoziierten Regierungen vor dem unberechtigten Vorwurf schützen, daß sie die Widerstandlichkeit der deutschen Truppen als Vorwand benutze, um ihre Verpflichtung zur Räumung der ehemals russischen Gebiete unerfüllt zu lassen. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben hinreichenden Einblick in die durch den Friedensvertrag bedingte Lage Deutschlands, um zugeben zu müssen, daß der deutschen Regierung weitere militärische Zwangsmittel nicht zu Gebote stehen. Was den Eintritt deutscher Truppen in russische Formationen betrifft, so steht die deutsche Regierung diesem Vorgang durchaus ablehnend gegenüber; sie hat ihre Auffassung den Beteiligten auch wiederholt und unzweideutig zum Ausdruck gebracht. Irgendeine Ermächtigung zu einem solchen Uebertritt hat sie niemals gegeben. Die deutsche Regierung hat den festen Willen, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um einer Räumungspflicht nachzukommen. Sie muß auf das schärfste Verwahrung dagegen einlegen, daß in der Note des Marschalls Foch Zwangsmassregeln angedroht werden, die bezwecken, Deutschland durch eine Erneuerung der Blockade die Lebensmittelfuhr abzuschneiden. Die alliierten und assoziierten Regierungen dürften nicht vergessen haben, daß gerade die Hungerblockade nicht nur den Tod hunderttausender Frauen, Kinder und Kranken verschuldet, sondern auch durch Schwächung der Arbeitsfähigkeit infolge chronischer Unterernährung nicht zum geringsten Teile die Zerstückelungserscheinungen verschuldet hat, unter denen Deutschland zurzeit so schwer leidet. Die deutsche Regierung gibt vielmehr der zuversichtlichen Erwartung Ausdruck, daß die alliierten und assoziierten Regierungen ihren guten Willen anerkennen und dementsprechend von den unentbehrlichen Kriegsmassnahmen gegen die deutsche Zivilbevölkerung, die doch keinesfalls eine Mitschuld an dem Verhalten der Truppen im Osten trifft, Abstand nehmen werde. Um aber auch den alliierten und assoziierten Regierungen die Möglichkeit zu geben, sich von dem nachdrücklichen Ernst ihres Vorgehens zu überzeugen, ersucht die deutsche Regierung dieselben, mit ihr in die Beratung der notwendigen Maßnahmen einzutreten.

Zu diesem Zwecke schlägt sie die schnelle Bildung einer aus deutschen Vertretern einerseits und alliierten und assoziierten Vertretern andererseits gebildeten Kommission vor. Nach Ansicht der deutschen Regierung wäre deren Aufgabe, nach Prüfung der Sachlage die Maßnahmen zur

schnelligen Durchführung zu treffen, zu überwachen und durchzusetzen. Die deutsche Regierung bittet, ihr eine baldige diesbezügliche Mitteilung zugehen zu lassen.

Befehl Noskes an die baltischen Truppen.

Der Reichswehrminister hat, wie die R. V. N. erfahren, folgende Befehle erlassen:

I. Armeekorpskommando Nord: Im Hinblick auf die verschärften Forderungen der Entente muß jede Rücksicht auf einen erneuten Einbruch der Bolschewisten in Lettland hinter der beschleunigten Räumung des Baltikums zurücktreten. Alle Angehörigen des 6. Reservekorps sind zu befehlen, daß es ihre Pflicht ist, durch Gehorsam gegen die Befehle der Reichsregierung die Heimat vor den von der Entente bereits eingeleiteten folgenschweren Maßnahmen zu bewahren.

Es wird daher in Ergänzung des Befehls vom 30. 9. angeordnet:

1. Die Truppen des 6. Reservekorps sind unverzüglich mit Bahn und Fuhrmarsch bis in Gegend Schaulen zurückzuführen. Die Bahn ist hierbei in erster Linie für Abtransport von Material auszunutzen. Von Schaulen aus ist die geschlossene Transportbewegung der gesamten Truppen nach Deutschland einzuleiten. Munition und Kriegsgerät, das ohne den Abmarsch der Truppen zu verzögern, nicht abfordern kann, ist zu vernichten, soweit die Gefahr vorliegt, daß es den Bolschewisten zugute kommt. Hierbei und bei dem Rückmarsch der Truppen sind alle Zerstörungen oder Beschädigungen von Telegraphenleitungen, Eisenbahnbrücken und sonstigen staatlichen oder privaten Eigentum unbedingt zu vermeiden, soweit nicht dringende Rücksichten auf eine etwaige Gefechtslage Abweichungen erfordert.

2. General Graf Goltz hat die zu 1. notwendigen Befehle zu erlassen und die Bewegung vor der Uebergabe der Geschäfte an Generalleutnant v. Eberhardt einzuleiten.

3. Allen Heeresangehörigen, die dem Abmarschbefehl nicht Folge leisten, sind keine Gehaltszahlungen mehr zu leisten.

II. An das Armeekorpskommando Nord Kolberg. Sämtliche unterstellten Truppen, insbesondere denen im Baltikum, telegraphisch befehlen: Uebertritt in russische Dienste ist verboten. Uebertretene Deutsche sind durch Vermittlung russischer Kommandobehörden zur Rückkehr in deutsche Formationen aufzufordern. Rückkehr ist wegen vorherigen Uebertritts zu den Russen nicht nachträglich zur Rechenschaft zu ziehen. Uebertritt von heute ab strafbar. Nicht-Rückkehr bringt Verlust aller deutschen Ansprüche mit sich.

Die Wirkung deutschnationaler Heße.

Zu der Eidesverweigerung des Reichswehr-Brigadeführers v. Loewenfeld werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß hier ein nachweisbarer Erfolg der deutschnationalen Aufwiegelungsarbeit im Heere vorliegt. Schon vor einiger Zeit wurde an dieser Stelle auf eine Heßschrift „Ein und jetzt“ hingewiesen, welche die ausgesprochene Tendenz verfolgte, die Truppen von der Eidesleistung abzuhalten.

Zwischen dem Brigadeführer des Nordwestkapitän v. Loewenfeld und dieser anonym erschienenen, aber, wie feststeht in der Druckerei der „Deutschen Tageszeitung“ hergestellten Heßschrift besteht ein leicht erkennbarer Zusammenhang. Der Brigadeführer hält sich nicht nur im Gedankengang an einen Absatz dieser Schrift, sondern einzelne Sätze sind in fast unverändertem Wortlaut aus der Schrift in den Brigadeführerbefehl übernommen, so z. B. der Satz: „Der Reichswehrangehörige soll demnach etwas beschwören, was noch gar nicht existiert.“

Für die Strafbarkeit der Verfasser und Versteher der Schrift ist diese Feststellung ohne Zweifel von besonderer Bedeutung, denn es ist nunmehr erwiesen, daß durch die Schrift tatsächlich Reichswehrangehörige zur Gehorsamsverweigerung veranlaßt worden sind. Ein Grund mehr, der deutschnationalen Agitation im Heere schärfstens auf die Finger zu zeigen.

Gefügige Unabhängige.

Unsere Unabhängigen sind bekanntlich alles stolze und aufrechte Leute. Nur einer hohen Entente gegenüber hält ihr Mannesmut nicht stand. Wenn die Moskauer bolschewistische „Pravda“ die unabhängige Politik im Großen durch kennzeichnet, daß sie die „blutigen Stiefel der französischen Generale leckt“, so kann man dieses Schauspiel im besetzten Gebiet praktisch alle Tage im Kleinen beobachten. Ein Teil der Unabhängigen hat sich dort in den Diensten der Entente gestellt und macht in Abtrennungspolitik, der zurückgebliebene Teil ist diensteilfesseln gegen die Besatzungsbehörden wie nur irgendein Laie vor seinem Herrn. Am 30. September haben die unabhängigen Parteiführer in Köln vor der englischen Besatzungsbehörde folgende schriftliche Erklärung abgegeben:

Unterszeichnete Beauftragte der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei verpflichten sich, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln ihre Mitglieder davor zu warnen, die Versammlung der Reichssozialisten am 2. Oktober zu besuchen.

Fries, Kunowski.
Die Kölner Reichssozialisten sind den Besatzungsbehörden deswegen ein Dorn im Auge, weil sie am stärksten den deutschen Einheitsgedanken unter der Arbeiterklasse hochhalten. Die Unabhängigen verpflichten sich, ihre Anhänger den Versammlungen dieser bösen Menschen fern zu halten. In einer Zuschrift an unser Kölner Parteiblatt rechtfertigen sie ihr Verhalten mit „Bermittlungsgründen“. Mit Recht bemerkt unser Kölner Parteiblatt hierzu:

Wenn wir uns während des Krieges den Zensurmaßnahmen und sonstigen Anordnungen der deutschen Militärbehörde fügen mußten — unter einem Nevers haben wir nie den Namen gesetzt —, dann waren wir „Kriegslinge“ und „Verräter“. Nach die letzten Nummern der „Republik“ machen uns solche Vorwürfe. Wenn aber Fries und Kunowski einer militärischen Anordnung der Briten sich fügen müssen, so sind das „Bermittlungsgründe“. Wenn die Unabhängigen in Berlin, Leipzig, Braunschweig usw. solchen „Bermittlungsgründen“ auch gegenüber deutschen Behörden zugänglich gewesen wären, würde mancher Straßentampfer vermieden worden sein.

Ja freilich, aber wie kann man von den tapferen Unabhängigen verlangen, daß sie ihren Männerstolz auch gegenüber englischen oder französischen Imperialisten zur Schau tragen?!

Was wird für die deutschen Wehrleute aus der Schweiz getan?

Im November sind bei der Demobilisierung die deutschen Wehrmänner aus der Schweiz an der Grenze auf deutschen Gebiet interniert worden und befinden sich heute noch in verschiedenen Lagern, wie Vörsach, Schopfheim, Willingen, Singen usw. Die Anreisewilligkeit in die Schweiz ist denselben teilweise schon einmal verweigert worden; die deutschen Konsulate der Schweiz werden gegen die Unterbringung ab 1. Oktober und kommen somit in eine ganz traurige Lage. Es sind darunter Leute, die sogar in der Schweiz geboren sind. Die Grund und Boden in der Schweiz haben, Geschäfte usw. Deren Verhältnisse sind für die denkwürdigen geworden. Jetzt erwarten sie natürlich von der Regierung schnelle Hilfe. Die eine Forderung ist, daß die Leute entweder in die Schweiz einreisen können oder die Unterbringung weitergezahlt wird und die andere, daß, wenn sie nicht einreisen können, sie deutsches Siedlungsgebiet beanspruchen.

Da Arbeitsgelegenheit für sie nicht zu finden ist und die Arbeitslosigkeit überall einsetzt, wäre der zweckmäßigste Weg der der Siedlung.

Es könnte auch noch ein Muster des Hauptmanns Schmöde und des Studenten Quast für Siedlungswert in den Berggebieten geschaffen werden.

Die Leute sind fast alle bereit, in Deutschland zu bleiben, falls sie die Einreisewilligkeit in die Schweiz nicht bekommen. Die Erbitterung steigt von Tag zu Tag, so daß Gefahr besteht, daß sie in Meuterei sich Luft machen.

Das Ende.

Von Heinrich Mann.

II.
Arztwillig Hinausgezogene wurden bis zum Stel ernüchert. Wo blieben noch unentwürgelt Volksgemeinschaft, Liebe für irgendeine gute Zukunft dieses Volkes — in einem technischen Blutbetrieb, der im Interesse der Größten und Reichsten nur immer so fertig, lebende Widerlegung aller eurer Opfer waren die Kräfte und Diebe der Stappe. Die Summe eures Gefühls sei das Vaterland, euer ganzer Glaube der Staat, — und doch steht ihr, so oft eine Schlacht euch ungenügend läßt, in die frechen Augen derer, die von einem tausendfachen Tode den Vorteil haben. Endlich sagten sie einmal: „Dort vorn, in den uns entgegengerückten Wäldern, liegen Krieger wie wir, die sind nicht unsere Feinde. Stauer und treu sind sie!“ Diese trugen immer an ihrer Erkenntnis, ihrer Reue und Voraussicht. Denn zerrüttet durch den Krieg, einen tödlichen Schicksal seiner wirklichen Feinde, geschwächt in seiner Zahl, seinen Leibern und Seelen, wird das Volk auf lange für seinen wahren, eigenen Kampf verdoht sein. Sie schwanken, sie stillen ihren Zweifel mit dem kurzen Hauch neuer Eintragshege. Die Wehrzahl der Tüchtigen und Denksamen dachte über die eigenen Taten nie hinaus, lebte von einem Gemisch zum nächsten, an Blinderungen vorbei, durch gelidete Reichen der Nameraden, den Widerhall des heimlichen Jammers im Ohr, und merkte kaum, wie alles schwindet, der letzte Glaube, der letzte Halt in sich, das bühnen Gestalt, der Rest des Menschengefühl. Manimal wäre einer auf: „Das keine Kind hat ich an die Mauer geworfen!“ — „Mensch!“ — „Gespißt hat sein Stuhl!“ — „Der Mann ist wasastimmig, Einsperren!“

Der Jammer der Heimat aber hatte wilde Augen, und die wilden, als sie schon bald waren. Vor den ersten Kriegsberichten, dem Selbstlob der Vernichtung, fanden Bürgerdamen, mit Niden wie Hyänen. Den öffentlichen Anschlag, ein großer Feind sei erkrankt, fand man mit Stübchen umfrängt. Die Lust am Bösen verband sich der Technik und zeitliche Handwerker der Qual, die ohne Vorgang waren. Die loszugesagten geistigen Mittel herer, die bestien und die Dialekt des Greuels lieferten, hanten und vergiften, wie nur die höchste Bombe. Jeder neue Feind ward unter ihren Mörderhänden zum Verbrecher, Verräter und Vandalentour. — aber jenseits unserer Vereinfachung lag, wie so, die Welt, nicht ohne unser furchtbares Gefühl, vor uns selbst recht haben zu müssen. Das erbärmliche Kellamergel, in Bergen und in Prosa, über den Seelenadel dieses Volkes, seine unerbittlich hohe Gegenwart und Bestimmung, — indoch es, stillos erschüttert wie noch nie, dem furchtbaren Abgrund entgegenwachte. Noch immer priesen die Propagandisten des Massenmordes

den Schlangengraden als höchste Ehre an, da war es schon im letzten Winkel bekannt, daß er eine über „Schlechtigem“ verhängte Strafe war. Siegel Rabende Welt Herrschaft! Annerkionen, deren lange Liste der Große Generalstab nach 1918 hinauszog. — indoch der Käfig unseres Landes immer fester wurde. Unerlöschlicher Reichtum! — und unser Geld wurde immer billiger. Sie leugneten auch sogar euren schlechthelligen Magen, was blieb da dem Durchschritt noch übrig, als sich an Lügen voll und toll zu freffen. Am entrüchtigsten dachten noch die erbosten Gewinner, die einen Friedensfreund denunzierten: „Wir verdienen im Krieg mühselig unser Geld, und jener Mann arbeitet für den Frieden!“ Demals haben wir einen Zustand kennen gelernt, neben dem uns der verrückteste Polizeistaat von ehemals freundlich und frei schien. Die Reichswehr hielt nicht, wie einst, zusammen gegen den vereinigten Angeber, und kein Demuzianer ward so leicht der größte Lump im Land; die Reichswehr weitete, jeder verfolgte jeden. Wer hielt den andern nicht für entbehrlich? Da zweifelte er doch wohl manchmal, ob nicht auch er es sei? Dachten nicht vor allem die Kämmer des Hauptquartiers mit ihrem Leben abgeschlossen, bevor sie die Millionen wert des Sterbens hielten? Denn jede neue Massenmord, jede Verlängerung des Krieges, alle entmenschten Verfolgungen der Welt wie der Heimat fallen auf das Hauptquartier als verantwortlichen Anstifter und entscheidende Instanz; keine andere Regierung bestand mehr in der Tat. Aber fesselschossen — sie haben sich vergewissert, wo alles stand, mühten nur sie doch weiterleben. Alle sind noch da, geben sich selbst die Ehre ihrer Taten, der Nation aber und ihren Toten die Schuld an dem Ausgange. Sie fühlen sich keinem Schicksal verantwortlich, nicht Gott und nicht dem Tod: alles war ihnen Maschine, sie sind es wohl selbst.

Entscheidende Tage, als sogar ein Friedensangebot nur Kriegsmittel und neuer Schrecken war; als die Welt die Fortdauer ihres Hinsterbens nicht fester erfahren konnte, als durch den Frieden, der unter dem leidenschaftlichen Bruchheil der Alldeutschen ihr angeboten ward. Wäre der Andickende selbst endlich gewesen, der Friede doch sich ihm, wie von selbst, zu einer neuen Voraussetzung um. Niemand glaubte so wenig an das Aufhalten des Schicksals, als die Vereinigten, die es im voraus erkannt hatten. Lauf ab, Schicksal! Hoff, dem auf der ganzen Erde kein unbogarter Fried mehr bleibt, greife nach innen, früh und selbst! Wir machten uns noch einen Feind: einander. Der Wunder bricht aus. Der Freiheit der neuen Reichen, die praffen im Angesicht der bleichen Not, antwortet von unten der Diebstahl, er erhebt sich zum anerkannten Volksbrauch. Ihr Staat, der ehedem alte Schuft, läßt sich sein Leibes nach in den Hals, da haben die Untertanen längst gähnd aufgeräumt mit dem Rest ihrer Bonarrie. Er hat sie geliebt, Macht schaffe Recht; und Generale verkaufen Eisenbahnen voll gelinderter Waren für eigene Rechnung. Er hat sie geliebt, Erfolg sei alles; sie bestehlen ihn dafür abwesend und

ungestraft. Alle bewundern alle, man liebert seinen Konkurrenten der „Nordkommission“ aus, man er abschossen werden, Geschäft ist Geschäft; ja, Wäler, es steht die Stimme, sind dahin gelangt, daß sie das Blut ihrer gestalteten Söhne als Vorwand nehmen, den Krieg mit zu verlängern und Geld zu machen sogar aus diesem Blut. Ihr Staat hat diese Menschen geliebt, schändlich sei nur der Mißerfolg; sie mißbrauchten noch die Kräfte der Gefallenen. Er hat sie lügen, lügen geliebt. „Rein, das ist vorbei, sie treiben ihre Ungeduld offen, sie tragen ihre wütende Erschöpfung frei zur Schau, ihre Auflösung vollzieht sich an der Sonne, mögen die Fliegen kommen!“
Abgang ohne gleichen! Ein nach dem andern Volk rennt über sich selbst fort, wer zuerst am Abgrund ist! Ach! alle kommen hier; und der Krieg selbst konnte nicht als ein Verne werden. Ein Weg und das Ziel wies uns das Meer nach. Dies Reich, wie es angelegt und stillos begründet war, konnte zu nichts anderem führen, es trug die Niederlage in sich von jeher. Auch kam sie dann nicht irgendeine, sie kam auf den einen einzig angemessenen Art: ineinander im Zustand der Verleumdung, sondern als Ausgang der letzten aller mißglückten Angriffskämpfe. Ihre Zeit war erfüllt, weil die Uffe der Verleumdungen, der Fälschen und technischen Beschlüsse endlich erschöpft war. Das kann die letzte Uffe „Wir sind nicht besieg!“ — da brach schon die Wahrheit aus, mit der ganzen Gewalt, die der Höhe des Trudes eintrug, als Revolution.

Lucie Ufflich wies sich ihre Sozialarbeit nicht beschränken lassen. Sie wird die Verfügung, die das Deutsche Theater erwirkt hat, nicht beachten und in der „Koma Stuart“ Aufführung des Staatstheaters auftreten, um ihren Kritik gegen Inhalt und Form des Vertrags, auf den Reinhardt sich nicht, zu einer Entscheidung zu treiben.

Ein Chapin-Eist-Abend von Richard Singer im Westlorensal nach einem glänzenden Abend. Der Künstler verfügt über eine eminente Klaviertechnik, er ist ein Virtuose in des Wortes bester Bedeutung. Die Fähigkeit, wunderbar großartig zu spielen — der Chopinsche Marsch immer wird schon so mühelos vollendet wiedergegeben — und ein sehr modulationsfähiger Anschlag war das Hüftstück, mit dem er sein bedeutendes Programm leicht bewältigte. Bescheidend war die Wiedergabe der Vereinfachung. Klaviersche Kunst in ihrer schönsten Schönheit liegt dem Künstler ganz besonders — wie sein ganz Liebestraum, mit dem seine ohne Weichen geliebtenen Zugewand. Ein sehr klug-jedener Joad unterhält, das Gespielen, es Abends.

Musik. Am zweiten 11-Uhr-Konzert im Westlorensal singt morgen Karl Giesing wieder und Ulrich sowie Volkmann zur Laute, zum Teil unter Mitwirkung von Uff Kurz-Schmalstich.

Das alte Berlin. Ueber die Thore beginnt Fritz Stahl im Schilleraal Charlottenburg heute, nachmittags 6 Uhr, einen fünfständigen Jokus mit Lichtbildern. Abonnement 3 Mk.

Die Milch- und Fleischversorgung.

Von einem Volkswirt wird uns geschrieben:

Die Milchversorgung in den größeren Städten droht sich allmählich zu einer Katastrophe auszuwickeln. Wurde Berlin im Sommer 1913 täglich mit einer Million Liter Vollmilch versorgt, beträgt der Milchgang zurzeit etwa ein Fünftel. Infolgedessen breitet sich die Tuberkulose immer mehr aus, und die Kindersterblichkeit hat eine geradezu erschreckende Höhe erreicht. Bei dieser offenkundigen Notlage mag es der Raktische Landbund, den Kranken, den alten Leuten und den Kindern die Milchspeise anzubringen. In dem Landbund sitzen dieselben Leuten getreulich beieinander, die nicht genug in moralischer Entzückung an des Auswanderungsstranges der Entente machen konnten.

Und die Fleischversorgung? Es sieht beinahe so aus, als ob es in Deutschland überhaupt kein Vieh mehr gäbe, und daher die Bevölkerung nur noch mit Konserven und teurem Auslandsfleisch ernährt werden müsse. Dabei ist es offenes Geheimnis, daß die heimischen Schlachtungen in ganz erheblichem Maße zunehmen — auf zahllosen Höfen haben die Schweine heute zwei Köpfe und acht Hinterfüße — und daß der Bestand an tatsächlich vorhandenen Vieh bedeutend größer ist, als die letzte Viehzählung ergeben hat. Hier muß der Habel angezogen werden durch politische Revisionen, die aber von nicht Drisangefessenen durchzuführen wären, ist der Regierung von Vieh festzustellen und erdarmungslos zu beschlagnahmen.

Um dieses Vieh der Allgemeinheit reiflos zuzuführen, sind die Kommunen anzuhaken, die doch jetzt leeren, unbenutzten Ställe der Schlachthöfe zur Verfügung zu stellen und selbst die Rindviehhaltung und Schweinezucht zu betreiben.

Was vor 1914 in Karlsruhe gegangen ist, muß bei der jetzigen Not erst recht gehen. Dieser Frage sollte in den Kommunen einmal energisch näher getreten werden. Es ist in der jetzigen Zeit doch geradezu großer Unfug, wenn Städte mit landlichem Eigenbesitz ihre Wiesen usw. verpachten, damit hinterher das Vieh „hintenherum“ geschlachtet und zu üblichem Schleichhandelspreis verkauft wird.

Außerdem muß von der Regierung gefordert werden, daß sie das im Ausland gekaufte Vieh in Zukunft den Kommunen reiflos zur Verfügung stellt. Arbeiten Kommunen und Staat auf diese Weise Hand in Hand, ist eine bessere Milch- und Fleischversorgung in den Städten gesichert und dem Schleichhandel mit seinen heimlichen Schlachtungen und unheimlichen Preisen ein Riegel vorgeschoben. Die jedesmalige Beschlagnahme von „überzähligen“ Vieh nach einer Viehzählung ist die beste Antwort auf die Drohung der Milchperre durch den Raktischen Landbund und auf die jüngste Kriegserklärung der Junker aus Franzburg, dem finsternen Teile Sinterpommerns.

Ueber die Schuld am Kriege (Habsburg-Hohenzollern) veranfalet der Bund Neues Vaterland am Mittwoch, den 8. Oktober, abends 1/8 Uhr, in den Kammerfälen, Teltower Str. 1 (Holländisches Tor), einen Vortragabend. Die neuen österreichischen Dokumente haben wieder ein aktuelles Interesse an der Schuldfrage geweckt. Es werden sprechen: Helmuth v. Gerlach, Heinrich Ströbel, E. J. GumbeL Der parlamentarische Untersuchungsausschuss ist zur Diskussion eingeladen. Eintrittskarten für 1 Mk. bei Vertheim, Vole u. Bod, Leipziger Straße, Portier des Herrenhauses (Portal III), Geschäftsstelle Kurfürstendamm 126 (Post).

Industrie und Handel.

Börse.

Infolge der hiesigen Feiertage war der Besuch der Börse gering. Das Geschäft infolgedessen eng begrenzt, die Tendenz weiterhin fest. Begehr waren Montanwerte, namentlich oberösterreichische, wie Widnerhütte und Hohenlohe. Auch Schiffahrtsaktien stellten sich höher, namentlich Argo und Deutsch-Australische Dampfschiffahrtsgesellschaft. Auch für Petroleumwerte zeigte sich Abgabendigung. Fest waren dagegen wieder amerikanische Weizen, namentlich Kanada und Baltimore, letztere gewannen etwa 6 Prog. Elektro- und Farbwerke waren im allgemeinen wenig verändert. Auch heimische Anleihen und heimische Renten behielten ungefähre auf gestrigem Stand.

Groß-Berlin für die neue Schule.

Tagung entschiedener Schulreformer.

Die Tagung entschiedener Schulreformer unter den akademisch gebildeten Lehrern und Lehrerinnen, die am 4. und 5. Oktober in Berlin im großen Saal des ehemaligen Herrenhauses stattfand, wurde heute im Auftrag des Ausschusses durch Professor Deitrich eröffnet. Die Beteiligung ist sehr hoch.

In der Begrüßungsansprache hob Deitrich hervor, daß die Tagung nicht parteipolitisch im üblichen Sinne des Wortes sei.

Minister Göttsch

führte aus: Aus den Trümmern des alten Deutschland soll ein neues Deutschland entstehen. Dazu bedarf es einer Erneuerung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Die wichtigste Reform ist die Erneuerung des deutschen Geistes. Die von Ihnen heilige Langsamkeit des Fortschrittes auf diesem Gebiet empfinde ich selbst am stärksten. (Zuruf: Gott sei Dank! Heiligkeit.) Vergegen Sie nicht, daß auch zu grundlegenden Schulreformen Geld gehört. Verzögerungen und Hemmnisse entstehen aus unserer katastrophalen Finanzlage. Daß die Schulreform sich nicht konsequenter entwickeln konnte, erklärt sich aus der Koalitionsregierung. Mit dieser Tatsache müssen wir uns bis zu den nächsten Wahlen abfinden. (Zuruf: Bis zur nächsten Revolution!) Dazu kommt, daß es an den zur Durchführung der Schulreform geeigneten Personen gerade in der Oberlehrerschaft fehlt (Zustimmung), die in ihrer großen Mehrheit dem neuen Geist nicht freudlich gegenübersteht. Mit diesen Beobachtungen ist nichts zu machen. (Zustimmung.) Für unsere Reichsschulkonferenz erwarte ich von Ihrer Tagung wertvolle Vorbereitung. (Lebhafter Beifall.)

Prof. Deitrich antwortete, auch in einer Koalitionsregierung lasse sich mit festem Willen manches durchdrücken. (Beifall.) Die fortgeschrittene Lehrerarbeit habe in schwerem Kampf nach rechts, bei dem es vom Ministerium im Stich gelassen werde. (Lebhafter Zustimmung.) Wehe dieser Widerstand, die Cabotierung der Verordnungen so weisen, dann werde das Ministerium mit der Toleranz gegenüber den Widerstrebenden aufhören müssen. (Zustimmung.) Ich bitte Göttsch, früher zu sein — aber verfahren lassen wir uns nicht! (Stürmischer Beifall.)

Die Verhandlungen des ersten Tages galten den Fragen der Gesamtschule. In einem einleitenden Referat sprach Oberlehrer Umbden in den neuen Geist in der Schule. Bis hier habe, weil im öffentlichen Leben nur wirtschaftliche Mächte bestimmen, die Erziehung hauptsächlich in Berufsberufsbereitung bestanden. Einigung ins Allgemeine (Einheitschule, Schulzu fordern sei bessere Betonung des Erzieherischen in der lebendigen

gemeinde), Erweckung und Selbstbildung zum Ich (ethische Fächer, Berufarbeit).

Prof. Deitrich referierte über „Bearbeitung und Aufbau der Einheitschule“. Die Einheitschule ist nötig, weil Sondernierung der Schüler nach ihren Anlagen größere Erfolgsmöglichkeit bietet und jeder Volksgenosse Anspruch auf volle Menschwerdung hat. Nach vierjährigem Besuch einer gemeinsamen Grundschule folgt die Scheidung in Normale, Realschule und Schwachsichtige. Realschule und Normalschule sind als elastische Anpassungsschulen mit möglichst freier Unterrichtsaufbau. Alle Schulen müssen auch die praktischen Anlagen durch Berufarbeit entwickeln. Der öffentliche Unterricht ist kostenlos samt Lehr- und Lernmitteln. Die Gemeinde sichert dem Schüler auch den Lebensunterhalt. Eine Zukunftsdemokratie, Schloß der Referent, muß nicht „gebremste Bestien“, sondern sich einfügende Willensmenschen großziehen.

Ein Referat des Studienassessors Arno Wagner über „Erziehung zur Gemeinschaft“ betonte die Aufgabe der Schule, den Schüler die Gemeinschaft erleben zu lassen. Sie müsse möglichst alle Betätigungsarten menschlicher Gemeinschaft umfassen, wirtschaftliche, gesellschaftliche, häusliche. Fördern werde sie dann Pflichtbewußtsein, Verantwortungsgewißheit, Solidarität, die Grundpfeiler der neuen Staatsordnung. Erziehung zur Gemeinschaft sei aber der Schule nur möglich mit Lehrern, wie wir sie noch nicht haben. Dem Lehrer müsse seine bisherige „Autorität“ genommen werden. Er müsse zu seinen Schülern in ein neues Verhältnis kommen, das auf seiner geistigen Überlegenheit und Führereignung beruht.

Dr. Koch vom Provinzial-Schulkollegium Hannover sprach über „Familien- und Staats-erziehung“. Trägerin der Erziehung bis zum Beginn der Schulpflicht ist die Familie. Dann folgt Teilung der Erziehungsdarstellung zwischen Familie und Staat bis zum Beginn der Pubertät. Von da ab ist zu fordern Erziehung nur durch den Staat, eine Erziehung in Erziehungsheimen, die ein hartes Gemeinschafts- und Verantwortungsbewußtsein entwickelt. Sie kommt dem Drang der Jugendlichen nach positiver Selbsterziehung entgegen.

Weniger Kartoffeln?

Der Magistrat teilt mit: In den letzten Tagen sind die Zufuhren von Kartoffeln nach Berlin außerordentlich gering. Die Ursache ist vorwiegend im Waggomangel zu suchen. Der Magistrat hat an die zuständigen Reichs- und Landesbehörden das dringende Ersuchen gerichtet, für rechtzeitige und ausreichende Wagengestellung beizutragen, andernfalls die Herabsetzung der Kartoffelwachenmenge erfolgen muß.

Gemeinnützige Siedlungsgesellschaften.

Siehe ein Anfechtungs-Instanz sich als selbständiger Besitzer, als Handwerker oder als Landarbeiter auf dem Lande ansiedeln will, wendet er sich vorerst unter Angabe seiner Wünsche und Vermögensverhältnisse an eine Siedlungsgesellschaft, über die er Auskunft erhält in der Auskunftsstelle für Anfechtungswesen, Berlin, Bernburger Str. 13.

Als Beratungs- und Vermittlungsstelle für Kriegsbeschädigte, die sich in Groß-Berlin oder in den Kreisen Osthavelland, Niederhavel und Teltow ansiedeln wollen, kommt der Ausschuss Groß-Berlin für die Kriegsbeschädigten-Ansiedlung in Berlin S. 10, Friedrich-Wilhelmstr. 12, in Frage.

Es muß hierbei darauf hingewiesen werden, daß wohnortliche Siedlerstellen zurzeit kaum zur Verfügung stehen werden, und daß die Siedlungsgesellschaften wegen des Mangels an Baustoffen, der hauptsächlich durch das Fehlen von Kohlen hervorgerufen wird, die Errichtung von Siedlungsbauten vorläufig nur in beschränktem Umfang nach und nach aufnehmen können.

Beim Einbruch ertrabt und angefallen wurde in der vergangenen Nacht der Messende Karl Zufall. Zufall war mit mehreren Helfershelfern dabei, in der Teltowstr. 3 einen Laden aufzubrechen. Als Beamte des 110. Reviers dazu kamen, ergriffen die Verbrecher die Flucht. Weil sie auf wiederholten Anruf nicht standen, gaben zwei Dachmeister mehrere Schüsse ab. Einer traf Zufall in die rechte Schulter. Der Verwundete wurde als Polizeigefangener nach der Charité gebracht. Seine Spießgesellen entkamen.

Eine Ruhestörung durch Straßenzweiger verursachte gestern Abend in den Zelten einige Aufregung. Vor dem Bierstand dort versammelte sich gegen 9 1/2 Uhr eine größere Menschenmenge, die fast nur aus jungen Burschen bestand. Mehrere von diesen hielten heftige Ansprachen, in denen sie besonders alle Zuhörer zur Arbeitsniederlegung aufforderten. Die Ruhestörer entzündeten eine Kerze von 30 Burschen auch in die Bierstände in den Zelten, wo sie die Gäste und die Angestellten belästigten. Auf Hilferuf durch den Fernsprecher kam eine Streife der Sicherheitspolizei, die die Menge nach allen Richtungen in den Tiergarten hinein vertrieb. Die Störenfriede ließen sich dann nicht mehr sehen. Einer der Hauptführer wurde festgenommen.

In seiner Droschke überfallen und beraubt wurde in der vergangenen Nacht der 50 Jahre alte Schweizer Franz Tschägg aus der Hennigsdorfer Straße. Drei Geldgrube und zwei Juwelen nahmen seinen Wagen zu einer Fahrt nach Panlow. Kurz vor dem Orte stießen sie plötzlich über ihn her, seifelten ihn an Händen und Füßen, steckten ihm einen Nadel in den Mund, raubten ihm das Portemonnaie mit 70 Mk., warfen ihn vom Bord und fuhren mit seiner Droschke nach Berlin zurück. Die Räuber sind noch nicht ermittelt. Alle fünf sprachen Hamburger Mundart. Die getaubte Droschke trägt die Nummer 1316.

Beim Glücksspiel überrascht wurde heute in früher Morgenstunden eine Gesellschaft in Charlottenburg im Pensionat von Stoll in der Joachimsthaler Str. 33. Zweihundzwanzig Personen wurden festgesetzt. Die Personenscheinhaber in die Gläubigen zu machen, daß sie von dem Glücksspiel keinen Vorteil haben.

Am Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater werden den kommenden Woche ab jedem Mittwoch und Sonnabend nachmittags Märchen aufgeführt, zunächst „Algenbrüder“.

Neulän. Die neueste Aktion des kommunistischen Arbeiterrats. Der Arbeiterrat will glaubhafte Nachrichten erhalten haben, wonach der Stadtschreiber Weiss einen Paß nach Holland besitzt, dort den größten Teil seines „Ersparnis“ angelegt und sonst verschiedenen Personen 20—30 Pfund Butter geliefert haben soll, die von der Stadthauptkasse bezahlt sein sollen. Unter den Beschuldigten befinden sich auch drei Sozialdemokraten.

Soweit wir im Moment feststellen konnten, besitzt A. seit Jahren einen Paß nach Holland, der selbst von der hiesigen Verwaltung für Lebensmittelaufkäufe im Ausland besorgt worden ist. Ob B. etwas erspart und wo er das angelegt hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Von den beschuldigten Sozialdemokraten erklärten uns zwei, daß die Anschuldigung eine alte Lüge sei, den dritten Sozialdemokraten konnten wir nicht erreichen, da er sich schon seit 1 1/2 Jahren kündigt in Süd-Deutschland befindet.

Die Anschuldigungen sind unterzeichnet von einem Manne, der wegen Unterschlagung von Parteigeldern alle Ehrenämter in der alten Partei niederlegen mußte. Seine Schuldheime über seine Unterschlagungen bestanden sich noch bis vor kurzem im Bureau der unabhängigen Partei. Nachdem dann der vorherige Vorsitzende des Arbeiterrats wegen seiner Justizhausstrafe sein Amt niederlegen mußte, wurde B. als Vorkämpfer der Arbeiterrats gewählt. Nun hat er es endlich für notwendig gehalten, vor seinen Arbeiterratsdiäten schnell die unterschlagene Summe zu bezahlen.

So sehen die Leute aus, die im Glashause sitzen.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Brin. 6.—12. Oktober: 1 Pfund Weizenmehl (83 und 85). Wenn Ab-schnitte nicht mehr vorhanden, gegen Sojage und Bohnenmehl der Sorten 1. Pfund Weizenmehl (84). Für Kriegsbeschädigte: 1 Pfund Hefeflocken (9). Für werbende Mütter und für Kinder: 1/2 Pfund Hefeflocken (6). Gültig ist die Preisliste mit dem Stichwort: Erbe.

Treptow. 6.—12. Oktober: 7 Pfund Kartoffeln (41a—g), 250 Gramm ausländische Hülsenfrüchte (75), 150 Gramm Graupen (89), für Personen über 65 Jahre: 1 Paket Roggenmehl oder Rührliefer (22).

Pantow. Von heute Sonnabend, den 4. Oktober, ab können die Weidhölzer, welche von der Firma Spetow'sch Milch erhalten, die 1/2 Liter-Milchsorten bis auf weiteres nicht mehr mit Frischmilch beliefern. Als Ersatz für die Milch 1 Pfund Hefeflocken.

Niederichonhausen. 1/2 Pfund Gerstenmehl, 2 Pakete Reis (54). Kriegsbeschädigte: 1 Pfund Hefeflocken (81), 3 Pakete Milchsuppe (82), 150 Gramm Hefeflocken (88), 350 Gramm Reisflocken (90), 120 Gramm Zucker Röhre (171).

Groß-Berliner Parteinarichten.

Funktionärkonferenzen am Montag:

13. Abteilung. 7 1/2 Uhr mit Betriebsvertrauensleuten bei Mägel, Prinzessinnenstr. 1.

23. Abteilung. 7 Uhr bei Schönhaalla, Antieprobstr. 12.

35. Abteilung. 7 Uhr bei Rompel, Bohlstr. 46.

46. Abteilung. 7 Uhr bei Groß, Hennigsdorfer Str. 10.

Pantow. 7 1/2 Uhr bei Engel, Rühlstr. 45. Sämtliche Pantower Betriebsfunktionäre der S. P. D. sind besonders eingeladen.

Charlottenburg S. P. D. Hebermorgen, Montag, 7 Uhr, im Volkshaus: Kombinierte Vorstandssitzung. Sämtliche Funktionäre sind eingeladen.

Jugendveranstaltungen.

Mit. Süd-Ök. Montag, den 6. Oktober, 1/8 Uhr, im Jugendheim, Beangellstr. 125: Mitgliederversammlung mit großer Tagesordnung. Erscheinen aller Mitglieder notwendig.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten. Kriegsteilnehmer usw., Beate Norden. Bezirksversammlung übermorgen Montag 1/8 Uhr, Bültner'sche Straße, Schwedendamm 23/24. Referent: Völkner. Mitgliederliste vorzulegen. Bezirk 9 Nord-Ök. Bezirksversammlung der Hinterbliebenen am 6. 10. 19 8 Uhr, der Kriegsbeschädigten am 10. 10. 19 8 Uhr, Union, Festsäle, Grefswalder Str. 222.

Gewerkschaftsbewegung

Zum Metallarbeiterstreik.

Vom Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgebung erhalten wir folgende Erklärung:

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission rechnet in dem Verhalten der Berliner Metallindustriellen und dem Oberkommando einen planmäßigen, großzügigen Versuch, die Arbeiterkraft reiflos zu machen und sie zu willkürlichen Ausbeutungsobjekten herabzudrücken. Dadurch wird die Unterfütterung der kämpfenden Metallarbeiter seitens der gesamten Arbeiterkraft erforderlich. Mit allen Mitteln müssen diese Aufschläge abgewehrt werden.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission verlangt von der gesamten organisierten Groß-Berliner Arbeiterkraft tatkräftige Unterstützung der Streikenden.

Der Ausschuss ruft sofort die Gewerkschaftskommission zusammen, damit diese zu dem Streik Stellung nehmen kann.

Das Ultimatum der Gemeindefarbeiter.

In unserer Morgenausgabe am Freitag teilen wir mit, daß die Verhandlungen über die Lohnforderungen der Gemeindefarbeiter Groß-Berlins kein Ergebnis hatten, weil die Vertreter der Gemeindeforderungen die Forderungen der Arbeiter als unannehmbar erklärten und die Vertreter der Arbeiterorganisationen sich mit dem Angebot der Gemeinden nicht zufrieden geben konnten. — Was angesichts dieser Situation geschehen soll, darüber hatte eine am Freitag abgehaltene, massenhaft besuchte Versammlung der Vertrauensmänner des Gemeindefarbeiterverbandes zu entscheiden.

Polonski schiedens den Verlauf der Verhandlungen und sagte u. a., Stadtrat Sehl begründete die Ablehnung der Forderungen mit dem Hinweis, daß die Anträge des Transportarbeiterverbandes eine Mehrausgabe von 66 1/2 Millionen, die die Anträge des Gemeindefarbeiterverbandes eine Mehrausgabe von 28 1/2 Millionen erfordern würde. Auch der Stadtv. August Dünke habe die Forderungen als unerfüllbar erklärt wegen der ungünstigen Finanzlage der Stadt. Er glaube es als Stadtvorordneter nicht verantworten zu können, wenn wegen der geforderten Lohnerhöhung der Gemeindefarbeiter die Steuererträge noch weiter angesetzt werden müßten. — Polonski führte dagegen aus: Unsere Anträge sind kein Handelsobjekt, sie fordern nur, was unbedingt notwendig ist. Nicht durch niedrige Löhne kommen wir aus dem wirtschaftlichen Chaos heraus, sondern durch Arbeit. Um die Arbeitsfähigkeit und Arbeitsfreudigkeit zu heben, müssen die Arbeiter einen Lohn haben, der eine gute Ernährung ermöglicht. Auf eine Mehrausgabe von 10—12 Millionen kann es nicht ankommen, wenn dadurch für 20—30 Millionen mehr Werte erzeugt werden. Nachdem eine Verständigung nicht erzielt werden konnte, erklärten wir am Schluß der Verhandlung, daß wir festhalten am Einheitslohn und an den aufgestellten Lohnansätzen. — Der Redner empfahl die Anrufung des tariflichen Interzessionsausschusses mit der Maßgabe, daß innerhalb einer Woche die Entscheidung herbeigeführt werden müsse. Wenn diese letzte Verhandlungsmöglichkeit auch kein Ergebnis hat, dann werden die Gemeindefarbeiter zu gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen zureiten. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion bemerkte Stadtv. Weise (H. S. P.), keine Reaktion werde sich bemerken, eine Plattform zu finden, die es ermöglicht, den Forderungen der Arbeiter nachzukommen, ohne daß die Steuererträge angesetzt werden müßten. Zu bedenken sei, daß eine Lohnerhöhung der Gasarbeiter eine Erhöhung der Gaspreise zur Folge habe, wodurch auch die Armen der Armen belastet werden.

Die weitere Diskussion drehte sich in der Hauptsache darum, ob man sich mit dem Vorschlag des Referenten, den Zentralausschuss anzurufen, einverstanden erklären oder sofort in den Streik eintreten solle. Mehrere Redner forderten namens der hinter ihnen stehenden Kollegen den sofortigen Streik. Über den Verwehren der Neuföllner und Lützenberger Gemeindefarbeiter, die einer Kompromission das Wort redeten, traten die Vertreter der Gasarbeiter für den Streik ein. Einer derselben vermahnte sich gegen die Vermutung Weisses, daß infolge der Lohnerhöhung die Gaspreise erhöht werden müßten. Welche habe als Stadtvater, aber nicht als Vertreter einer revolutionären Partei getreten. Nicht infolge der Lohnerhöhung, sondern weil die Arbeiter alle vier Wochen höhere Preise fordern, steigen die Gaspreise.

Andere Redner warnten eindringlich vor dem Streik, bevor nicht alle Möglichkeiten der Verständigung erschöpft seien. Ohne diese Voraussetzung sei nicht auf die Sympathie der Bevölkerung zu rechnen, die man doch zur erfolgreichen Durchführung eines Kampfes brauche.

Stadtv. Her. Duzm (H. S. P.) meinte, Dinge habe nicht den Standpunkt seiner Fraktion vertreten. Diese sei über die Forderungen der Arbeiter nicht genügend informiert gewesen.

Einige Vertreter der Frankfurter erklärten, daß sich das Präsidium der hiesigen Frankfurter aus humanitären

